

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/222

Bonn, den 22. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Bundeshaushalt und Grundgesetz</u> Artikel 113 und die Kriegsoption Von H. C. Ritzel, MdB	50
2 - 3a	<u>Kultur verpflichtet Staat und Städte</u> Die Gemeinde ist mehr als eine Verwaltungskörperschaft Von Heinrich Schneider, Hessischer Minister des Innern	52
4 - 5	<u>Angst vor der Alternative</u> Koalitionsfriede in Österreich Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Frensta	68
6	<u>Chinesischer Vorstoß in Paris und Algier</u> Die weltpolitische Strategie Peking im Hintergrund Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	51

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bundeshaushalt und Grundgesetz

Artikel 113 und die Kriegsoffer

Von H. G. Ritzel, MdB

Bundeskanzler Erhard hat sich wiederholt auf den Artikel 113 des Grundgesetzes berufen, wonach Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrats, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen, der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Das Grundgesetz bestimmt, daß der Haushalt in Einnahme und Ausgabe ausgleichend ist, aber nicht einmal der noch für das laufende Haushaltsjahr geltende Haushaltsplan ist ausgeglichen. Dasselbe Schicksal hätte auch der Haushalt 1962. Die Bundesregierung hat sich nicht ohne eigene Schuld in diese Lage hineinmanövriert. Wenn der neue Bundeskanzler jetzt im Falle der Kriegsofferversorgung mit der Anwendung des Artikels 113 des Grundgesetzes droht, muß er sich sagen lassen, daß er hierfür das untauglichste Objekt gewählt hat, das es überhaupt geben kann.

Während die SPD geschlossen für eine Verbesserung der Kriegsofferversorgung mit einer Mehraufwendung von 1,2 Milliarden DM eintritt, sind die Meinungen in allen anderen Fraktionen geteilt. CDU, CSU und FDP tragen die Regierung. Ihre Minister haben im Kabinett im Standpunkt des Bundeskanzlers Erhard durch einstimmiges Votum gestützt. Ihre Fraktionen sind damit schon geteilt. Die CSU, unter Führung von Strauss, will den Kampf mit der Regierung, in der sie selbst vertreten ist, nicht scheuen, wenn sie für eine über den Regierungsansatz hinausgehende Bewilligung eintritt. - Durch die CDU geht ein tiefer Riss. Die CDU-Minister stehen hinter dem Bundeskanzler, der für das Rechnungsjahr 1964 kaum mehr als die Hälfte dessen bewilligt sehen möchte, was die CDU-Abgeordnete Probst durch Anlehnung an die sozialdemokratischen Vorschläge bewilligen möchte. Sogar der Fraktionschef der CDU, von Brentano, hat sich gegen die Forderung der Aufbesserung der Kriegsofferversorgung ausgesprochen.

In der FDP ist es ähnlich. Auch dort stimmten die Minister mit dem Bundeskanzler, aber die Fraktion will gegen die Auffassung des Bundeskanzlers stimmen.

Die Haltung der SPD ist klar und geschlossen. Sie will, daß die Kriegsofferversorgung vorrangig vor allen anderen Ausgaben behandelt wird. Die SPD hat aber nicht allein die Mehrheit. Will nun der Bundeskanzler, wenn die SPD für ihren Standpunkt Zuzug aus den Parteien der Regierungskoalition erhält, gegen diese sich im Bundestag bildende Mehrheit die Drohung des Artikel 113 GG anwenden, will er einem solchen Gesetz seine Zustimmung verweigern, um es damit zu Fall zu bringen?

Erhard kann nicht übersehen, daß es sich um das gesetzgeberische Recht des Parlaments handelt, daß der Statutentwurf 1964 der Beschlussfassung des Parlaments bedarf, um Gesetz zu werden und daß es das bisher unbestrittene und praktisch auch unbestreitbare Recht des Bundestages ist, die Rangfolge, von der Bundeskanzler Dr. Erhard in seiner Regierungserklärung grundsätzlich selbst gesprochen hat, festzustellen.

Kultur verpflichtet Staat und Städte

Die Gemeinde ist mehr als eine Verwaltungskörperschaft

Von Heinrich Schneider.

Hessischer Minister des Innern

Die Fähigkeit, schöpferisch zu denken und zu handeln und damit die Fähigkeit zur Kultur ist das Hauptunterscheidungsmerkmal des Menschen vom Tier. Für die Entwicklung dieser Fähigkeit braucht er aber ein Maß an Freizeit, das er nur durch eigene Vorarbeit und Planung oder die Vorarbeit und Planung anderer gewinnen kann.

"Wer Kultur sagt", schreibt Adorno, "sagt auch Verwaltung, ob er will oder nicht", während Edding feststellt, "daß Bildung etwas mit Wirtschaft zu tun hat, mit Investition, Verzinsung, Kostenrechnung, Konsum und Nachfrage." Adorno, der Paradoxa liebt, weiß sich darin die ganze Vielfalt des menschlichen Lebens spiegelt, ergänzt seine Aussage mit den Worten: "Aber Kultur ist zugleich... der Verwaltung entgegengesetzt." Und er stellt fest, "daß sich selbst überlassen... alles Kulturelle nicht nur die Möglichkeit der Wirkung, sondern die Existenz zu verlieren droht." Es besteht also ein Spannungsverhältnis zwischen der notwendigen Autonomie aller Kultur und ihrer gleichzeitigen Abhängigkeit von wirtschaftlichen Faktoren.

* * *

Die Geschichte der Völker zeigt, daß Menschenkonzentrationen sich fruchtbar auf das Kulturleben auswirken, so daß Alexander Rüstow überspitzt feststellen konnte: "Alle Hochkultur ist Stadtkultur." Auch heute sind die Städte die wichtigsten Stätten des Kulturlebens, Kulturleistungen sind aber stets aufwendig und auf Mäzene angewiesen. Im Mittelalter waren es die geistlichen und weltlichen Fürsten und reichen Patriziergeschlechter. In der modernen Demokratie muß diese Aufgabe die Öffentliche Hand übernehmen. Da wegen des hohen Nachholbedarfs den Städten und Gemeinden die dafür erforderlichen Mittel fehlen, muß hier der Staat einspringen.

In der Bundesrepublik fällt die Kulturpolitik in den Zuständigkeitsbereich der Länder, was auch seine finanziellen Auswirkungen hat. Von den rund 12 Milliarden DM, die 1962 für kulturelle Zwecke von der Öffentlichen Hand aufgebracht wurden, entfielen auf den Bund 1,16 Milliarden DM oder 9,7 Prozent, auf die Gemeinden 3,34 Milliarden DM oder 27,9 Prozent und auf die Länder rund 7,5 Milliarden DM oder 62,4 Prozent.

* * *

Bei der Verteilung der finanziellen Hilfen an die Gemeinden gehen die Länder die verschiedensten Wege. Trotzdem möchte ich als Beispiel das Land Hessen nennen. In Hessen, das ein verhältnismäßig kleines Bundesland ist und nach Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft etwa einem Zehntel der Bundesrepublik entspricht, haben wir zum Teil besondere Lösungen gefunden. Wir haben in Hessen bereits 1956 einen Steuerverbund eingeführt und ihn laufend verbessert. Er umfaßt heute den

Einkommen- und Körperschaftssteuerverbund, den Kraftfahrzeugsteuerverbund und den Vermögenssteuerverbund. Zusammen mit den Verstärkungsmitteln stellt das Land Hessen im Rahmen des Steuerverbundes im Jahre 1963 seinen Gemeinden und Gemeindeverbänden einen Gesamtbetrag von rund 858 Millionen DM zur Verfügung. Das entspricht etwa 40 Prozent der Landeseinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Davon entfallen 319,8 Millionen DM auf Schlüsselzuweisungen und 537,2 Millionen DM auf Investitionshilfen.

Von diesen zweckgebundenen Investitionsmitteln sind 120 Millionen DM für den Bau von Schulen, Sportstätten, Jugendheimen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Dorfgemeinschaftshäusern und Bürgerhäusern bestimmt. Damit entfällt rund ein Drittel der Landesinvestitionshilfen auf den kulturellen Bereich.

Der Anteil der Steuerverbundkasse am Gesamtvolumen des Finanzausgleichs beträgt in diesem Jahr in Hessen 86,3 Prozent und wird nur durch Nordrhein-Westfalen mit 86,4 Prozent übertroffen. Die noch ausstehende Neuregelung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer könnte allerdings zu Änderungen dieser Zahlen führen.

Im Durchschnitt werden in Hessen beim Bau von Volksschulen 50 Prozent, bei Mittelpunktschulen 72 Prozent, bei Gymnasien 55 Prozent und bei Berufsschulen 53 Prozent der beihilfefähigen Kosten vom Land übernommen.

Außer den Zuschüssen zum Schulbau gewähren die Länder noch Finanzbeihilfen zu den Unterhaltskosten. Die Sach- und Personalkosten für die Verwaltung und Unterhaltung der Schule werden z.B. in Hessen voll vom Schulträger getragen. Das gleiche gilt für Lehrmittel. Dagegen werden die Lernmittel, einschließlich der dem Schüler zur Verfügung stehenden Bücher usw., vom Lande gestellt. Eine weitere Entlastung der kommunalen Schulträger ist durch teilweise oder auch völlige Übernahme der Personalkosten für Lehrkräfte durch das Land möglich. Die Regelung in den einzelnen Ländern ist wieder unterschiedlich. Am weitesten ist bisher Schleswig-Holstein gegangen, wo heute 90 Prozent der Lehrpersonalkosten vom Land getragen werden. Niedersachsen will bis 1965 die gesamten Personalkosten für Lehrer übernehmen. Ähnliche Tendenzen sind auch in anderen Ländern vorhanden. Sie würde allerdings eine Neuordnung des Finanzausgleichs erforderlich machen.

* * *

Die Erwachsenen-Bildung hat in Deutschland noch bei weitem nicht die Bedeutung erreicht wie in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern. Aber sie hat sich auch bei uns bereits glänzend bewährt. Die räumliche Unterbringung der Volkshochschulen ist allerdings oft nur provisorisch und unzureichend gelöst. Meist stellen dafür die Schulen abends bestimmte Räume bzw. Hörsäle bereit. In Hessen haben wir in den sogenannten Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen dafür eine bessere Lösung gefunden. Beide Programme fußen auf unseren Erfahrungen mit dem Programm für die soziale Aufrüstung des Dorfes, in dessen Rahmen wir seit rund zwölf Jahren Dorfgemeinschaftshäuser in Landgemeinden fördern. Bürgerhäuser enthalten entsprechend den Bedürfnissen der Mittel- und Kleinstädte u.a. einen Gemeinschaftsraum mit Bühne und Nebenraum für Jugend- und Vereinsarbeit. Mehrzweckhallen dienen in kleinen Städten oder Landgemeinden kulturellen und gemeinschaftlichen Veranstaltungen, stehen aber auch dem Vereins- und Schulsport zur Verfügung. Die Finanzierung wird durch Beihilfen des Landes ermöglicht, die je nach der Finanzkraft der Gemeinde im allgemeinen 50 Prozent, in Einzelfällen auch 80 Prozent und mehr der Gesamtkosten ausmachen.

In den bereits bestehenden Bürgerhäusern haben die Volkshochschulen und Volksbildungsheime eine ständige Heimstätte gefunden. Auch in den über 200 Gemeinschaftshäusern der Dörfer entwickeln sie eine rege Aktivität. Fast überall sind darin auch Bibliotheken untergebracht. Diese Häuser haben dem gesamten kulturellen Leben in unseren Mittel- und Kleinstädten, aber auch auf den Dörfern, starke Impulse gegeben und eine unerwartete Dynamik ausgelöst. Gesangsvereine und Jugendgruppen erhielten neuen Auftrieb. Es entstanden Laienspiel-, Trachten- und Volkstanzgruppen. Auch die Betreuung der Jugend und der alten Menschen fand in vielen dieser Häuser eine Heimstatt. Junge Menschen veranstalten in den Häusern Dichterlesungen oder Vortragsabende und Theater- und Operetten-Ensemble geben Gastspiele. Indem mit Hilfe des Landes die äußeren Voraussetzungen geschaffen wurden, entstand in diesen Orten ein reges kulturelles Leben.

* * *

Die Gemeinde ist mehr als nur eine Verwaltungskörperschaft. Sie hat ein Eigenleben, das man nicht eingengen darf. Die Gemeinde kann nur zur Heimat werden und den Bürger zur politischen und kulturellen Mitarbeit anregen, wenn ihr die Möglichkeit gegeben wird, schöpferische und gestaltende Initiative zu entfalten. Nur in einer engen partnerschaftlichen Zusammenarbeit können Staat und Gemeinden diese Aufgabe gemeinsam lösen.

Der Bedeutung kulturellen Schaffens sollte daher auch die Steuer-gesetzgebung Rechnung tragen. Um so bedauerlicher ist es, daß der zur Beratung anstehende Entwurf der Bundesregierung über die Mehrwert-steuer auch die Besteuerung von Theatern, Museen, Büchereien, Archiven und ähnlichen kulturellen Einrichtungen vorsieht. Das bedeutet eine Be-lastung für diese Institutionen von weit über 10 Millionen DM im Jahr. Mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister bin ich als Innenmini-ster des Landes Hessen der Auffassung, daß man diese Regelung nicht gerade als kulturfreundlich bezeichnen kann. Die Aufgaben, die auf Bund, Länder und Gemeinden zukommen, sind groß. Ihre Gewichte verlagern sich unentwegt. Die Bedeutung von Bildung und Kultur wird aber ständig grö-ßer, ihr Gewicht nimmt immer mehr zu. Der finanzielle Spielraum ist ge-ring. Das gilt für Bund, Länder und Gemeinden. Bund und Länder aber müssen die Gemeinden in die Lage setzen, eine aktive Kulturpolitik zu treiben.

* * *

Unsere Jugend, die Generation, die morgen die Geschichte unseres Volkes trägt, wird uns für das Vollbrachte danken, aber für Versäumtes verdammen. Bildung ist Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Fort-schritt und für ein gesundes politisches Klima. Aber sie ist noch mehr. Bildung und Kultur sind nicht Zierat, sie sind wesentliche In-halte unseres Lebens. Bildung und Kultur entscheiden über unser Schick-sal. "Nur durch die Bildung", sagt Schlegel, "wird der Mensch, der es ganz ist, überall menschlich und von Menschheit durchdrungen." Und 150 Jahre später stellt Thornton Wilder fest: "Kultur unter einer Demokratie hat ihre Gefahren aber auch eine Aufgabe und eine Verheißung. Ihr er-öffnet sich ein neues, ungeheures Thema, das zu beschreiben, das mit Denken zu durchdringen, das auszudrücken und das zu erforschen ist: Der Mensch erhobenen Hauptes."

+ * +

Angst vor der Alternative

Koalitionsfriede in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Fast jedes Jahr war der Herbst in Österreich eine politisch bewegte Zeit: Die parlamentarischen Verhandlungen über das Budget des folgenden Jahres boten beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, Gelegenheit, ihren aufgestauten Groll gegen den Koalitionspartner abzureagieren. In diesem Jahr aber waren Frühling und Sommer stürmisch gewesen, während der Herbst eine überraschende Windstille aufwies. Was war die Ursache dieses Klimawechsels?

Die Budgetverhandlungen gingen diesmal lautlos und diskret vor sich, sodaß die weniger aufmerksamen Zeitgenossen davon kaum Notiz genommen haben. Die beiden Regierungsparteien zeigten dabei eine Kompromißbereitschaft, die im diametralen Gegensatz zu den heftigen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate steht. Wenn nun ein Kompromiß zustande kam, so hat die Bereitschaft zum Kompromiß auf Seite der ÖVP zweifellos besondere Gründe gehabt.

Dazu muß man sich erinnern, daß im Laufe dieses Jahres der "Fall Habsburg" von den "Reformerkreisen" der ÖVP hochgespielt wurde, um einen geeigneter Anlaß zu haben, die Koalition mit den Sozialisten und damit die Führereigenschaften der herrschenden ÖVP-Partei clique infrage zu stellen. Die Rückkehrpläne Dr. Otto Habsburg eigneten sich als Streitobjekt deshalb gut, weil sie einerseits auch primitiverem politischen Vorstellungsvermögen gerecht werden, andererseits weil zwei Oberste Gerichtshöfe in dieser Frage einander völlig widersprechende Urteile gefällt hatten. Doch seine verhandelte Majestät waren nur Mittel zum Zweck, zu dem unheiligen Zweck, den Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach aus den eigenen Reihen heraus als ÖVP-Parteiobmann abzuschließen, um ihn beizeiten auch als Bundeskanzler leichter abzulösen.

Zwischenspiel mit der FPÖ

Diese innerparteilichen, vom Generationenproblem bestimmten Kämpfe der ÖVP belasteten die Koalition weit über das bisher übliche Maß. Die SPÖ, vor einer nicht sehr günstig verlaufenen Nationalratswahl und einer darauffolgenden überzeugend siegreichen Präsidentschaftswahl durcheinandergerüttelt, reagierte auf die Quertreibereien der ÖVP-Reformer und die Schwäche der koalitionswilligen ÖVP-Konservativen reich-

lich sauer: Sie führte entgegen dem Koalitionspakt in der Frage der Habsburger-Rückkehr erstmalig im Parlament eine Kampfabstimmung herbei, indem sie gemeinsam mit den acht Abgeordneten der Freiheitlichen Partei (FPÖ) die ÖVP überstimmte.

Dieser Eklat war der Beginn einer politischen Aktion, in deren Verlauf die Sozialisten auszogen, um der ÖVP das Fürchten zu lehren: Sozialistische Unterhändler nahmen - oft zum Misvergnügen in den eigenen Reihen - Kontakte zu Vertretern der FPÖ auf. Man sprach bereits von einer neuen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ.

Der bekannte sozialistische Publizist Prof. Fritz Klenner warnte allerdings in der theoretischen SPÖ-Zeitschrift "Die Zukunft", eindringlich vor einer solchen neuen Koalition mit einer Partei, der nach seiner Überzeugung die realen Voraussetzungen dazu fehlen. In diesem Zusammenhang machte Prof. Klenner einen sensationellen Vorschlag: "Da beide Parteien (ÖVP und SPÖ) aus Mißtrauen gegeneinander nicht aus der Regierung gehen wollen, so könnten sie zur Abdeckung des Mißtrauens einen Oppositionspakt schließen. Wie sie ihre Zusammenarbeit in der Regierung vereinbart haben, so könnten sie doch auch übereinkommen, als Oppositionspartei nicht gegen elementare Grundsätze der Demokratie zu verstößen, erreichte außerparlamentarische Positionen abzugrenzen ... Das war fürweh ein neuer Gesichtspunkt.

Vorsicht - Mutter der Weisheit

Indes ging aber das Liebäugeln zwischen SPÖ und FPÖ weiter. Als Brautgeschenk stellten die Sozialisten den Freiheitlichen eine Wahlrechtserforma in Aussicht, durch die sowohl SPÖ als auch FPÖ auf Kosten der ÖVP aus künftigen Wahlen (selbst bei gleicher Stimmzahl wie bei der letzten Wahl) wesentlich stärker hervorgegangen wären. Außerdem kündigte die SPÖ an, im Parlament ein "Antikorruptionsgesetz" zur Abstimmung zu bringen, gegen das die ÖVP bisher aus naheliegenden Gründen Bedenken hatte.

Die FPÖ sah sich unverhofft in der Rolle eines begehrten Koalitionspartners, doch das war auch schon alles. Ihr Klubobmann im Nationalrat, Dr. Willfried Gredler, wurde erster österreichischer Gesandter beim Europarat in Straßburg, aber sonst war nichts. Die neue ÖVP-Führung unter Dr. Josef Klaus lenkte ein und zeigte Kompromißbereitschaft beim Budget 1964. Vorsicht war dabei auch für sie die Mutter der Weisheit.

+ + +

Chinesischer Vorstoß in Paris und Algier

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Chinesen Mao Tsetungs haben die Angewohnheit, ihre Finger auf die wunden Stellen der europäischen Kommunisten zu legen. In einem wütenden Angriff der Pekinger Zeitungen "Rote Fahne" und "Tageszeitung des Volkes" wird der Kommunistischen Partei Frankreichs "Nationalismus" und "Chauvinismus" vorgeworfen: Maurice Thorez habe auf Weisung Moskaus den "Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus" eingestellt, Außerdem habe er seinerzeit als französischer "Chauvinist" die Befreiungskriege Vietnams und Algeriens sabotiert.

Peking: De Gaulle ist besser als Thorez

Mehr noch: den französischen Kommunisten wird vorgeworfen, den "nationalen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus" de Gaulle zu überlassen:

- * "Seit vielen Jahren haben sie ... de Gaulle und anderen endgültig die Fahne des nationalen Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus übergeben."

Die Anklage des chinesischen Zentralorgans ist sensationell, weil sie nicht nur einen Hieb gegen die französischen Parteigänger Chruschtschows bedeutet, sondern zugleich auch ein Kompliment für de Gaulles anti-amerikanische Haltung. Man kann daraus ersehen, wie weit nach dem Besuch Edgar Faure bei Mao und nach der Visite französischer Industrieller in China, die Annäherung zwischen Paris und Peking gediehen ist.

"Algerien verraten"

Fast ebenso schwerwiegend ist der Vorwurf der Chinesen: Thorez sei der FLN in den Rücken gefallen:

- * "Die Führer der KPF haben lange Zeit hindurch das Recht Algeriens auf nationale Unabhängigkeit nicht anerkannt. Sie folgten der französischen Monopolbourgeoisie, erklärten, daß Algerien ein Bestandteil Frankreichs ist und daß dieses eine große afrikanische Macht bleiben müsse. Das Interesse von Thorez war vor allem, daß Algerien 'eine Million Schafe' und große Mengen von Getreide liefern könne, um so 'unseren Fleischmangel' und 'unser Getreidedefizit' zu lösen ... Die Führer der KPF haben die Grundinteressen des internationalen Proletariats, des französischen Volkes und die wahren Interessen der französischen Nation verraten".

Große Verlegenheit im Lager der KPF. Im Namen des Politbüros zitiert Léon Félix seitenlang KP-Entschlüsse von früheren Jahren, ohne auf das Wesentliche einzugehen.

Parteipolitik und Staatspolitik

Die Chinesen sagen nämlich die Wahrheit: die KPF war als Regierungspartei nach dem zweiten Weltkrieg führend an der blutigen Niederschlagung der ersten Aufstände in Algerien beteiligt und stemmte sich auch späterhin gegen die Freigabe Algeriens und Indochinas. Sie stimmte sogar in beiden Kolonialkriegen für Militärkredite und autoritäre Vollmachten. - Die chinesische Propaganda trifft mit ihren Enthüllungen mehrere Fliegen auf einen Schlag: sie liefert der Opposition innerhalb der KPF neue Argumente, erinnert die FLN an die klägliche Rolle der KP während des Algerienkrieges und zollt de Gaulle nachträglich Anerkennung für seine Freigabe Algeriens. Mit einem Wort, es handelt sich um einen geschickten und doppelten chinesischen Vorstoß in Paris und Algier, nicht nur im parteipolitischen Kampf gegen Chruschtschow, sondern auch auf staatspolitischer Ebene.